

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1909

28.5.1909 (No. 144)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 28. Mai

No 144

Expedition: Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1909

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für den Monat

Juni

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Amtlicher Teil.

Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Max haben sich unter dem 18. Mai d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Rentamtmannt Gustav Mellin g, Vorstand des Markgräflichen Rentamts Sickingen, den Titel Domänenrat zu verleihen.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 19. Mai d. J. wurde Betriebsassistent Ernst Schlegel in Konstanz nach Radolfzell veretzt.

Nicht-Amtlicher Teil.

Eine Wendung in der australischen Politik.

Nach einem soeben eingetroffenen Telegramm der Deutschen Kabelgrammgesellschaft ist kaum daran zu zweifeln, daß die Lage des sozialistischen Ministeriums in Australien gezählt sind. Der gegenwärtige Premierminister Fisher wird den Platz räumen müssen und Herr Deakin, schon früher leitender Minister, wird es jetzt wieder werden. Dieser Ministerwechsel ist für Deutschland schon darum von Interesse, weil Herr Deakin stets einer der eifrigsten Gegner Deutschlands gewesen ist.

Die Regierung der sozialistischen Partei in Australien ist nur kurz und zugleich wenig glücklich gewesen. Im November 1908 mußte Herr Deakin zurücktreten, weil die Sozialisten, die ihn bis dahin gegen die Freihändlerpartei unterstützt hatten, ihm plötzlich die Gefolgschaft aufgaben. Sie forderten nämlich, daß die Bundesregierung die Lohnsätze in der Industrie streng kontrollieren und Fabrikanten, die nach Ansicht der Arbeiterpartei nicht genügende Löhne zahlten, unter Ausnahmestimmungen stellen solle. Da Deakin denn doch nicht so weit gehen wollte, erklärte der Führer der Arbeiterpartei, Mr. Fisher, eines Tages ganz trocken, seine Partei wäre nicht mehr in der Lage, die Regierung zu unterstützen. Deakin zog daraus sofort die Konsequenzen, indem er seinen Abschied nahm. Tags darauf war Fisher Premierminister.

Für die deutsch-australischen Beziehungen war die Regierung Fishers nicht ungünstig. Dieser sozialistische Führer, von nüchternen Denkweise, war frei von Chauvinismus und Deutschhaß. Das bewies er bald nach seinem Amtsantritt, als er persönlich dem deutschen Konsul sein Beileid über das Grubenunglück bei Hannam ausdrückte. Er hat es auch in der letzten Zeit bewiesen, daß er gegen den Dreadnoughttrummel entschieden Stellung nahm. Gerade diesen Dreadnoughttrummel scheint aber Mr. Deakin benutzt zu haben, um sich wieder in den Sattel zu schwingen. Ehrgeizig, sehnte er schon lange eine Gelegenheit herbei, um die im vorigen Herbst verlorene Herrschaft wiederzuerlangen. Dies war nur möglich, wenn er sich mit der Freihändlerpartei verständigte und ein Zusammengehen beider bürgerlicher Gruppen, der Freihändler und der Schutzzöllner, ermöglichte. Schon während seiner früheren Ministerchaft suchte er mit den Freihändlern zu paktieren, weil ihm die sozialistische Bundesbrüderschaft anging, unheimlich zu werden. Damals aber schlugen seine Bemühungen fehl. Auch wagte er wohl nicht, sie allzu eifrig zu betreiben, um sich nicht gegebenenfalls zwischen zwei Stühlen zu setzen. Nachdem aber im vorigen Herbst die Sozialdemokratie ihm aufgeklärt und ihn entfernt hatte, brauchte er nach dieser Seite hin keine Rücksicht mehr zu nehmen. Zunächst freilich scheiterten seine Verhandlungen mit der Freihändlerpartei an der Tariffrage. Er wollte eine Erhöhung der gegenwärtigen Zölle, den Freihändlern waren schon die bestehenden Zölle zu hoch. Jetzt hat der Dreadnoughttrummel die beiden bürgerlichen Parteien dahin geführt, sich entgegenzukommen. Deakin will auf höhere Zölle verzichten, die Freihändler wollen die Forderung einer Herabsetzung der bestehenden Zölle aufgeben.

Nach dieser Verständigung der beiden großen bürgerlichen Parteien wird Deakin entweder sofort Premierminister werden oder aber spätestens nach den nächstjährigen Wahlen, bei denen die sozialistische Partei infolge der Einigung der bürgerlichen Gruppen zweifellos eine Schwächung erfahren wird. Deakins Herrschaft bedeutet eine Steigerung des Chauvinismus und des Gegensatzes zu Deutschland. In dieser Beziehung hat die Freihändlerpartei sich anscheinend seinen Auffassungen angepaßt. Wenigstens kündigt Deakin als sein Programm die allgemeine militärische Ausbildungspflicht und die Schaffung einer eigenen Flotte an. An und für sich brauchen diese Maßregeln sich ja keineswegs gegen Deutschland zu richten, denn uns Deutschen kann es ganz gleichgültig sein, wie Australien sich militärisch schützt; wir wollen es ja nicht angreifen. Leider aber redet man sich in Australien ein, daß wir es wollen, und ein Mann wie Deakin, der uns nun einmal nicht mag, wird als Premierminister alles tun, diesen Irrglauben zu nähren.

Zur Reichsfinanzreform.

(Telegramme.)

* Berlin, 27. Mai. Die Reichsfinanzkommission beendete in ihrer gestrigen Nachmittagsitzung die zweite Lesung des Tabakgesetzes. Abg. Kretz (konf.) beantragt 1. Zigaretten im Kleinverkauf bis 1 1/2 Pfennig das Stück mit 1,50 M., über 1 1/2 bis 2 1/2 Pfennig mit 3 M., über 2 1/2 bis 3 1/2 Pfennig mit 4,50 M., über 3 1/2 bis 5 Pfennig mit 6,50 M., über 5 bis 7 Pfennig mit 15 M. für je tausend Stück, 2. Zigarettenpapier, mit Ausnahme des zur gewerblichen Verarbeitung bestimmten mit 1 M. für tausend Zigarettenhüllen zu besteuern.

Abg. Dr. Weber beantragte, im Tabaksteuergesetz dem Art. 1 hinzuzufügen: Von dem Zollzuschlag von 40 Prozent bleiben befreit diejenigen Tabakblätter — unearbeitet und bearbeitet — die in solchen Betrieben und für solche Tabakfabrikate zur Verarbeitung gelangen, die dem Zigarettengesetz vom 3. Juni 1906 unterliegen.

Der Antrag Kretz wurde angenommen, ebenso der Antrag Weber mit 15 gegen 13 Stimmen der Konservativen, der Reichspartei und des Zentrums. Darauf wurde der Zigarettenzoll auf 1200 M. festgesetzt, Konservativ und Zentrum stimmten dafür in der Erwartung, daß der oben gefasste Beschluß im Plenum rückgängig gemacht werde. Als Termin für Inkrafttreten des Gesetzes wurde der 1. Oktober 1909 festgesetzt.

Es folgte die Lesung des Branntweinsteuergesetzes. In der zweiten Lesung wurde zu Paragraph 1 (Gegenstand der Verbrauchsabgabe) ein Antrag Zehner (Ztr.) der zum Schutz der kleinen Obstbrenner, die nicht mehr als 30 Liter aus selbstgezeigtem Obst, Wein, Most oder Rückständen davon im Jahre brennen, die Verbrauchsabgabe um zwei Zehntel ermäßigt, gegen die Reichspartei und die Nationalliberalen angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag.

Die Konservativen beantragten in der Finanzkommission für Kaffee und Kaffeeschale roh 60 M., gebrannt oder geröstet und auch gemahlen 80 M. für den Doppelzentner. Der Zollsatz beträgt bis jetzt 40 bezw. 60 M. Für Thee wird eine Erhöhung von 25 auf 50 M. pro Doppelzentner beantragt.

Beim § 7 entstand eine lebhaft erörterte über die Stundungsfrage. Es soll die Abgabe gegen Sicherheitsleistung auf 6 Monate, ohne Sicherheitsleistung auf 3 Monate gestundet werden.

Abg. Dr. Weber (mitl.) beantragte, als zweiten Absatz hinzuzufügen: Als Sicherheitsleistung gilt auch die Verpfändung eines unter Mitverschluß der Steuerbehörde stehenden Branntweinslagers.

Der Antrag wurde angenommen, ebenso der erste Abschnitt (Verbrauchsabgabe). Im zweiten Abschnitt (Kontingentierung) wurde der § 24 nach dem Beschluß der Subkommission in erster Lesung wieder hergestellt. Danach betragen die Kontingentierungssätze 10 Jahre. Die Kommission erledigte bis Schluß der Vormittagsitzung die folgenden Paragraphen bis einschließlich § 32.

* Berlin, 27. Mai. Die Finanzkommission des Reichstages beschloß in zweiter Lesung des Branntweinsteuergesetzes gemäß einem Antrag Dietrich (konf.) die Beibehaltung der Spannung von 20 M. und setzte die Abgabensätze auf 1,05 M. für kontingentierten und 1,25 M. für nichtkontingentierten Branntwein fest (in erster Lesung 1,15 bezw. 1,35 M.).

Große Reformen im amerikanischen Heerwesen.

* Seitens der Waffeninspektoren und des Generalstabschefs, General Bell, sind dem Kongreß eine Reihe wichtiger Gesetze vorgelegt worden, die sich mit Reformen in der Armee befassen und zum Zweck haben, nicht nur die verschiedenen Rassen der Milizarmee zu reorganisieren, sondern auch die Grundlagen für ein kriegsbrauchbares Heer zweiter Linie zu schaffen, an dem es bis jetzt fehlt. Bei der Milizinfanterie handelt es sich um nichts geringeres, als die Zahl der Regimenter zu ver-

doppeln, sie mithin auf 60 Einheiten zu bringen. Trotz dieser hohen Forderungen scheint sich im Kongreß eine Mehrheit für sie zu finden und rechnet die Heeresverwaltung mit der Wahrscheinlichkeit, schon im Juli d. J. fünf neue Regimenter aufstellen zu können. Die übrigen sollen dann nach und nach errichtet werden. Hinsichtlich der Kavallerie richten sich die Vorschläge des Waffeninspektors nicht auf eine Vermehrung der 15 Regimenter, sondern auf bessere Ausbildung der vorhandenen „troups“ und Regimenter. In dem Motivenbericht heißt es dazu, daß die ganze amerikanische Kavallerie noch immer zehre an den Vorbeeren seiner großen „raids“ vergangener Zeiten. Damit allein aber komme man in der modernen Kriegführung nicht mehr aus, heutzutage müsse vielmehr von der Reiterei auf taktischem und strategischem Gebiet, sowie im Schiedsdienst, gründliche Ausbildung verlangt werden, wenn etwas geleistet werden solle. Dazu müßten neue Vorschriften erlassen werden, deren Bearbeitung durch eine Sonderkommission bereits in die Wege geleitet sei. Was die Reformen bei der Artillerie anlangt, so sprechen sich die Anträge gegen die Formation von Batterien schwerer Artillerie des Feldheeres aus, so lang nicht die fahrenden Batterien der Feldartillerie in genügender Stärke organisiert seien. Es komme dazu, daß die schlechten Wege- und Straßenverhältnisse in den meisten Staaten der Union eine Verwendung schwerer Artillerie so gut wie unmöglich machten. Der Standpunkt der Militärbehörden sei daher derselbe, wie der vom Jahre 1904, wo die beiden einzigen schweren Batterien, die vorhanden waren, in fahrende umgewandelt wurden. Das Material schwerer Artillerie an modernen Kanonen von 4,7 Zoll und Haubizen von 6 Zoll sei allerdings vorhanden, aber bevor nicht den jetzigen 28 Feldbatterien noch 12 neue Batterien hinzugefügt würden, dürfe sich der Staat nicht den Luxus der Aufstellung schwerer Batterieeinheiten gestatten. Am eingehendsten beschäftigten sich die militärischen Vorschläge mit der Errichtung einer eigenen Traintruppe (Service Corps), die bis jetzt nicht vorhanden ist. Namentlich der Generalstabschef betont die dringende Notwendigkeit einer solchen Organisation, ohne die in einem künftigen Kriege gar nicht auszukommen sei, ganz abgesehen davon, daß sie sich auch für das Friedensverhältnis schon längst als Erfordernis herausgestellt habe. Denn es sei Tatsache, daß bei der großen Ausdehnung der heutigen Übungslager eine beträchtliche Anzahl von Mannschaften aus der Front zu allerlei beschwerlichen Arbeitsdiensten abkommandiert würden die mit der militärischen Ausbildung absolut nichts zu tun hätten und zudem den Leuten, die gerne an Manövern und Feldübungen teilnahmen und sich dazu hätten anwerben lassen, wenig Freude machten. Die Folge dieser Unzufriedenheit sei in nicht wenigen Fällen Desertion, gegen die mit allen erdenklichen Mitteln angekämpft werden müsse. Die Heeresverwaltung möchte nun gerne den Train aus Soldaten älterer Jahrgänge bilden, denen die „drills“ nicht mehr zusagen, die sich aber gegen eine Reihe von Vergünstigungen zum Längerdienen verpflichten würden. Diese Vergünstigungen sollen neben einer Prämienzulage hauptsächlich in der Zulassung bestehen, daß jede Traineinheit immer an ein und demselben Standort, „Post“, bleiben soll, wodurch den Leuten u. a. die Möglichkeit gegeben werde, sich zu verheiraten, was bei den übrigen Truppengattungen wegen ihres langen Aufenthalts in den Lagern nicht gut möglich sei. Eine Schwierigkeit sehen die Projekte nur darin, wo das Offizierkorps für den Train herkommen soll. Vorschläge werden, es damit ähnlich wie bei anderen Armeen zu machen, nämlich durch Verlegungen geeigneter Offiziere aus der Artillerie und Kavallerie nach und nach ein eigenes Offizierkorps für den Train zu schaffen und in gleicher Standeshöhe zu erhalten. Mit den Bedingungen der Formation einer unter heutigen Verhältnissen genügend brauchbaren Armee zweiter Linie hat sich die Zentralregierung in Washington schon wiederholt beschäftigt, ohne dabei zu einem zufriedenstellenden Resultat zu kommen. Nur zu der Überzeugung war man an den maßgebenden Stellen gelangt, daß die Art der Bildung von Reservebataillonen, wie sie während des Bürgerkrieges bestanden hatten, daß nämlich die Freiwilligen immer nur für Monate angenommen wurden, in Zukunft ganz unmöglich sei. Schon damals waren durch die fortgesetzten Entlassungen von Leuten arge Schwierigkeiten entstanden, während auf der anderen Seite mit der Länge der Dauer der Feindseligkeiten und der abneh-

menden Begeisterung für den Krieg die Anwerbung neuer Freiwilligen zur Deckung der entstandenen Lücken immer mehr auf Hindernisse gestoßen war. Inzwischen hat aber der russisch-japanische Krieg u. a. auch das gelehrt, daß eine auf verständige Basis aufgebaute Organisation aller noch wehrfähigen Männer zur Aufstellung von Reserveeinheiten von größtem Nutzen sei und eine nicht wesentliche Verstärkung des Feldheeres bilden könne. Deshalb hat der Kriegssekretär dem Kongreß jetzt ein Gesetz vorgelegt, das bestimmt, daß im Falle einer etwa später einmal notwendig werdenden Mobilmachung alle Freiwilligen, die sich für die Reserveeinheiten anwerben lassen, sich für die ganze Dauer eines Feldzuges verpflichten müssen. Außerdem sollen bei Ausbruch des Krieges Rekrutierungsbureaus und Bataillonsdepots eingerichtet werden, zu dem Zwecke, die bereits ins Feld gerückten Reserveeinheiten im Bedarfsfalle mit dem erforderlichen Ersatz zu versehen, anstatt mit den hinzugekommenen Freiwilligen immer wieder selbständige Einheiten zu formieren, die nicht die genügende Brauchbarkeit haben und deshalb, wenn sie hinausgeschickt werden, immer erst nach längerer Zeit feldtüchtig werden.

Es mag zum Schluß an dieser Stelle erwähnt werden, daß auch die amerikanische Armee, nach dem Vorbilde in anderen Staaten, sich gegenwärtig mit Fragen der Gepäckerleichterung und Bekleidung beschäftigt. Es handelt sich hauptsächlich um Versuche mit einem leichteren Tornister, um Ersatz der viel zu schweren und unbequemen Feldbede und um die Anschaffung von Trinkbehältern aus Aluminium. Und hinsichtlich der Bekleidung sucht die Heeresverwaltung besonders nach zweckmäßigen Unterzeug. Sie hat vorläufig 5000 Unterjaden und Hosen in Orangefarbe, die den besten Schutz gegen Sonnenstrahlen bieten soll, beschafft und diese an die auf den Philippinen stationierten Truppen verteilt.

Der Schiedspruch in der Casablanca-Frage.

(Telegramme.)

* Paris, 27. Mai. Im Verfolg des Gaaiger Schiedspruches in der Casablanca-Frage sind die Regierungen Frankreichs und Deutschlands in einen Meinungsaustrausch eingetreten. Wahrscheinlich wird demnächst eine Verständigung über die Form zustande kommen, in der die Regierungen einander brieflich ihr Bedauern ausdrücken.

* Paris, 27. Mai. Der Ministerpräsident genehmigte heute die von dem Minister Pichon unterbreitete Formel, die im Anschluß an das Urteil des Gaaiger Schiedsgerichts über den Casablanca-Zwischenfall das gegenseitige Bedauern der französischen und der deutschen Regierung ausdrückt. Die Formel wird von Pichon dem deutschen Geschäftsträger Freiherrn v. d. Lancken übermittelt werden.

Aus dem englischen Parlament.

(Telegramme.)

* London, 27. Mai. Unterhaus. Der Parlamentssekretär Mr. Kinnon Wood erklärte gestern auf eine Anfrage, die russische Regierung habe beschlossen, an Persien einen kleinen Vorschuß von 50 000 bis 100 000 £ zu geben, daraufhin, daß der Schah es übernommen habe, die Verfassung wieder herzustellen.

Der Zweimächte-Standart.

In der gestrigen Abend Sitzung lenkte Kapitän Craig die Aufmerksamkeit des Hauses auf die angeblich abweichenden und gegenständlichen Meinungsäußerungen verschiedener Kabinettsmitglieder über die maritime Verteidigung des Landes und schlug folgende Resolution vor: Das Haus würde mit Beunruhigung jede Änderung des Zweimächte-Standards ansehen, wie sie Asquith am 12. und 23. November 1906 dargelegt hat nämlich als eine 10 prozentige Überlegenheit über die vereinigten Streitkräfte der beiden nächststärksten Mächte an Schiffen ersten Ranges, was und wo die beiden Mächte auch sein mögen.

Premierminister Asquith erklärte: Das Wichtigste ist die Sicherheit unserer Küste. Wenn wir es mit einer Seemacht zu tun haben, deren Operationsbasis 3000 oder gar 10 000 Meilen entfernt liegt, ohne daß Kohlenstationen sich dazwischen befinden, kann man dies nicht so ansehen, wie eine gleichstarke Flotte, deren Häfen nur 300 Meilen entfernt sind. Daher dürfen die Vereinigten Staaten nicht als eine der zwei Mächte in Rechnung gezogen werden. Der Angriff ist nicht mit demselben Maße zu messen, wie ein solcher der deutschen, österreichischen und französischen Schiffe. Wir müssen unsere Maßnahmen den fortwährend wechselnden Schiffsbauten, der Politik und den Bestrebungen der anderen Nationen anpassen und bedenken, daß zwei Flotten bezüglich des Angriffs und der Verteidigung nicht so wirken wie eine gleichstarke Flotte unter einheitlichem Kommando. Gewiß ist der Zweimächte-Standart bei den gegenwärtigen Verhältnissen und bei vernünftiger Auslegung eine praktische Formel für die Flottenpolitik aber er darf nicht eine sakrosankte und unabänderliche Autorität bilden.

Gleich nach den Ausführungen Asquiths wandte sich der konservative Lee gegen den Minister und sagte, er sei jetzt über dessen Stellung zum Zweimächte-Standart ganz im unklaren, müsse daher um eine genaue endgültige Erklärung bitten. Darauf brachte Sir William Collins einen Antrag ein, worin es heißt, das Haus habe die Darlegungen des Ministers mit Vertrauen entgegengenommen.

Giergegen wandte sich der konservative Balfour, der die letzten Ausführungen des Ministers gegenüber den klaren nicht mißzuverstehenden früheren Darlegungen als unklar und verschwommen bezeichnete. Der Minister habe jetzt auf einmal die geographische Lage der einzelnen Länder zu England mit in Betracht gezogen und gesagt, der Zweimächte-Standart besteht für die Verteidigung in den heimischen Gewässern. (Beifall bei den Oppositionellen.) Dies sei eine äußerst gefährliche Einschränkung, ein vollständiger Wechsel in der politischen Haltung und lasse die ganze Marinepolitik unklar erscheinen. Die Resolution Craigs wurde schließlich mit 270 gegen 114 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Collins wurde mit 272 gegen 106 Stimmen angenommen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung brachte der Schatzsekretär Lloyd George das Finanzgesetz formell ein.

* London, 27. Mai. Die Berliner Gäste besuchten gestern nachmittag das Unterhaus und wohnten kurze Zeit der Sitzung bei. Gestern abend waren die Herren von der Korporation der Fishmongers zum Diner geladen.

Aus Rußland.

(Telegramme.)

* St. Petersburg, 27. Mai. Die Meldung eines auswärtigen Blattes, Goremjkin sei zum Minister des Auswärtigen ernannt worden und Zwolski, der keinen anderen Posten erhielt, habe vom Kaiser eine Villa auf der Telegininsel als Geschenk bekommen, ist völlig unbegründet.

* St. Petersburg, 27. Mai. In Nikolajew in West-Sibirien sind 700 Wohnhäuser niedergebrannt. Die Zahl der Toten ist noch nicht festgestellt.

Die Lage am Balkan.

(Telegramme.)

* Konstantinopel, 26. Mai. Die Kammer verhandelte in ihrer heutigen Sitzung über das Streitgesetz und nahm einen Antrag an, in dem die Regierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf über die Arbeiterkonditionen auszuarbeiten. Der Antrag wurde von dem Minister des Innern in längerer Rede bekämpft, der die Kammer warnte, sozialistische Bahnen zu betreten, die für die Türkei verhängnisvoll werden müßten.

* Konstantinopel, 26. Mai. Ein Trade bestätigt folgende Todesurteile: über den ersten Eunuchen des früheren Sultans, Deschwer, den Zollbeamten Tewfik, den Redakteur des "Volcan", Lutfi, den Staatsrat Tajar, den Tabakschneider des früheren Sultans, Mustafa Tuzenbdjchi, den Obersten Halib, den Beamten im Unterrichtsministerium, Redakteur Freizit. Der Leibarzt Narcebin Pascha, 63 Offiziere und 37 Zivilbeamte, sowie neun Hodschas wurden vom Kriegsgericht freigesprochen. Neun nach der Kriniponinsel verbannte Würdenträger des alten Regimes wurden ins Kriegsministerium gebracht, degradiert und zur Internierung in eine Festung verurteilt; ihr Vermögen wurde konfisziert; das Urteil ist bereits sanktioniert.

Das Amtsblatt erklärt die Gerüchte von Unruhen in Damaskus für unrichtig.

* Konstantinopel, 27. Mai. Bei Tagesanbruch wurden heute 13 Personen hingerichtet, darunter einige höhere Beamte und ein Redakteur.

* Konstantinopel, 27. Mai. Ein Tagesbefehl des Kriegsministeriums besagt, daß die Soldaten zweier Jahrgänge, welche an der Revolte, wenn auch nicht als Antiführer teilgenommen haben, nicht würdig seien, die Uniform zu tragen und zu 3 Jahren Strafarbeit verurteilt wurden.

* Wien, 27. Mai. Der türkische Militärattaché Enver Bey erklärte in einem Interview, er werde auf seinem Posten in Berlin bleiben.

Grossherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 27. Mai.

Ihre königliche Hoheit die Großherzogin Luise begab sich heute mittag nach Schwetzingen zum Besuch der Obst- und Gartenbauschule und beabsichtigt heute abend hierher zurückzukehren.

** Groß. Badische Hof- und Landesbibliothek. Das Zusageverzeichnis für 1908 — enthaltend Titelverzeichnis nach Fächern und Schriftstellerverzeichnis in Abc-Folge — ist erschienen und kann durch jede Buchhandlung vom Verleger (Winter in Heidelberg) zum Ladenpreis von 50 Pfg., gegen Voreinsendung von 60 Pfg., auch unmittelbar vom Bibliotheksdienere postfrei bezogen werden.

L. (Städtische Umlagen.) An Umlagen werden in den der Städteordnung unterstehenden badischen Städten im laufenden Jahre erhoben:

Ort	vom Liegenschafts- vermögen	vom Betriebs- vermögen	vom Kapitals- vermögen	vom den Einkommen- steuerumlagen	Ertrag der Umlage
Konstanz	44	44	10	250 ¹⁾ 264 ²⁾	712 320
Offenburg	34	34	10	204	371 490
Lahr	33	33	10	198	336 490
Bruchsal	33	33	10	198	392 915
Mannheim	32	32	10	192	6 527 057
Karlsruhe:					
a. für Karlsruhe- Stadt, einschl. der Vororte Weier- heim, Rintheim, Müppurr u. Grün- winkel	32	32	10	192	3 448 800
b. für den Stadtteil Grünwinkel	20	20	10	120	
Heidelberg	31	31	10	186	1 671 731
Baden, einschl. Stadt- teil Widental	31	31	10	186	910 254
Sforzheim, einschließ- lich Stadtteil Bröt- zingen	30	30	10	180	1 683 751
Freiburg	24	24	10	144	2 052 737

¹⁾ Vom Einkommen aus öffentlichem Dienstverhältnis (§ 94 der Städteordnung).

²⁾ Vom Einkommen aus sonstigen Bezugsquellen.

³⁾ Soweit die Steuerkapitalien mit dem allgemeinen Umlagefuß zur Umlage heranzuziehen sind.

⁴⁾ Soweit die Steuerkapitalien mit dem ermäßigten Umlagefuß zur Umlage heranzuziehen sind.

P. (Aus den Verhandlungen der Handelskammer vom 24. Mai 1909.) Infolge des am 1. Januar 1910 in Kraft tretenden Reichsgesetzes über den Versicherungsvertrag vom 30. Mai 1908 erscheint eine Revision des badischen Jahrsversicherungs-gesetzes geboten. Das Groß. Ministerium des Innern hat der Handelskammer einen hierauf bezüglichen Erlaß zugehen lassen, dem die Kammer durchweg zustimmt. — Es wird beschlossen, in den nächstjährigen Voranschlag 1000 M. zwecks eventueller Gewährung von Reisezuschüssen an Handelslehrer des Handelskammerbezirks zu deren Aus- und Weiterbildung einzustellen. — Zur Schiffsabgabenfrage wird folgende Erklärung beschlossen: „Die Handelskammer lehnt jede Stellungnahme zu dem von der preussischen Staatsregierung im Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf betreffend die Erhebung von Schiffsabgaben ab und beharrt auf ihrem grundsätzlichen Widerspruch gegen die Einführung solcher Abgaben auf den natürlichen Wasserstraßen Deutschlands“. — Dem Handelsvertragsverein soll auf Anfrage geantwortet werden, daß die Handelskammer den Bestrebungen des Vereins auf Ausdehnung der heutigen inländischen Portofäge auf den internationalen Verkehr nur zustimmen könne und daß sie den Abschluß von Postkonventionen mit Frankreich und England ebenfalls als in erster Linie wichtig erachte. — Seit dem Inkrafttreten der Güterwagen-Gemeinschaft wird von hiesigen und auswärtigen Interessenten des Bezirks Klage darüber geführt, daß die Bestimmung über die Anmeldung des Güterwagenbedarfs viel strenger gehandhabt würde, als zuvor. Die Kammer beschließt, bei der badischen Eisenbahnverwaltung dahin vorstellig zu werden, daß bei offenkundigem Vorrat an geeigneten Güterwagen die Bedürfnisse der Versender über die für die Bestellung festgesetzte Stunde hinaus nach Möglichkeit berücksichtigt und in besonders dringenden Fällen ausnahmsweise Güterwagen auch noch am Tage der Bestellung selbst abgegeben werden.

* (Der Kinderhilfsstag) Hat rund 7200 M. erbracht. Der Betrag wird der Abt. 6 des Bad. Frauenvereins (Säuglingsfürsorge) überwiesen.

* (Stadtgartenkonzerte.) Am Freitag den 28. Mai, nachmittags 4 Uhr, konzertiert die Kapelle des 2. Badischen Feld-artillerie-Regiments Nr. 30 aus Kastrath unter Leitung des Musikleiters A. Kreuze. Die Kapelle steht von ihren früheren Konzerten her noch in guter Erinnerung. Bei ungünstigem Wetter fällt das Konzert aus. — Am Pfingstsonntag und Pfingstmontag wird jeweils vormittags von 12 bis 12 1/2 Uhr im Stadtgarten die Kapelle der Freiwilligen Feuerwehr konzertieren. Das Programm enthält am Pfingstsonntag Wagner, Verdi, Jocher, Kreutzer, am Pfingstmontag Bizet, Mozart, Verdi, Strauß, Urbach u. a. m.

* (Die Reise nach der Wasserkaute.) Diese alljährliche, so beliebte Veranstaltung der Kreisgruppe Mainz der Deutschen Flottenvereins, findet in diesem Jahre vom 21. bis 27. Juli statt; es werden wiederum Bremen—Bremervorhaben—Bergland—Hamburg und Kiel besucht (Preis einschließlich Wohnung, Verpflegung usw. 105 Mk.). Anmeldungen sind an das Reisebureau L. Ruffenhop in Mainz zu richten. Wir haben im vorigen Jahre über die sehr lohnende Fahrt, an der auch mehrere Badener teilnahmen, aus eigener Anschauung berichten können.

* (Aus dem Polizeibericht.) Vom 21. bis 23. d. Ms. kam in der Adlerstraße eine vergoldete Damen-Memorialuhr im Werte von 38 M. abhandeln. — In der Nacht zum 24. d. M. wurden vor dem hiesigen Rathaus 34 Blumentöpfe (Petunien) entwendet. — In einer Wirtschaft in der Wilhelmstraße schlug in der Nacht zum 24. d. ein 19 Jahre alter Hausburche aus Obenheim nach vorausgegangenem Wortwechsel einem Tapezier ein Bierglas auf den Kopf und brachte ihm dadurch erhebliche Verletzungen bei. — Im Stadtteil Mühlburg stahl ein 21 Jahre alter Maler seinem Vater 180 M. und brante damit durch. — In der Nacht zum 24. d. wurden die Abortanlagen bei der St. Stefanikirche und auf dem Ludwigspfad von Unbekannten beschädigt. — Seit 25. d. Ms. wird eine 31 Jahre alte, sehr nervöse Frau mit ihrem 6 Jahre alten Sohn vermietet. — In der Nacht zum 27. d. gab ein in der Gottesackerstraße wohnender 33 Jahre alter Tagelöhner aus Kirchheim, nachdem er vorher aus Eifersucht seine Frau geprügelt, mit einem Revolver, etwa vier scharfe Schüsse auf den vermeintlichen Rivale, einen Jubelnschrei aus Bruchsal, ab, ohne ihn zu treffen.

S. Mannheim, 26. Mai. Der Bürgerausschuß brauchte diesmal zur Bewältigung der 12 Punkte umfassenden Tagesordnung zwei Tage. In der gestrigen Sitzung riefen zwei wichtige Projekte eine mehrstündige Debatte hervor, einmal, die Ausgestaltung des Waldparks Medarau und zum andern die Weiterentwicklung der Handelshochschule. Der Waldpark ist im verflochtenen Winter durch Arbeitslose einer gründlichen Säuberung und Auslichtung unterzogen worden und soll unter Leitung des Gartenbauingenieurs Kerl, des einstigen technischen Leiters der Gartenbauausstellung, in zehn Jahresstapen mit einem Aufwand von 293 520 Mark in eine malldarftartige Anlage umgewandelt werden. Die ausgedehnte Diskussion wurde durch den freijährigen Stadtverordneten Tiescher veranlaßt, der sich entschieden gegen die Vorlage aussprach, weil nach seiner Ansicht durch die Umwandlungsarbeiten der Waldpark vernichtet wird und die aufzuwendenden Kosten in keinem Verhältnis zu dem Wert des Waldes stehen. Da der Wald zu dem Terrain gehört, das bei hohem Abwasserstand überflutet werden kann, würden die neu geschaffenen Wege durch das Hochwasser vernichtet werden. Auch die Schanzen- und Stauplätze werden sich nicht bewahren lassen. Von allen übrigen Nebenern wurde demgegenüber auf den enormen Wert des 90 Hektar großen Waldes, als des einzigen leicht zu erreichenden Erholungsorts für die minderbemittelte Bevölkerung hingewiesen. Die Vorlage wurde dann auch mit allen gegen die Stimme des Stv. Tiescher angenommen. — Noch ausgedehnter gestaltete sich die Debatte über die Krönung des Lebenswertes des verstorbenen Oberbürgermeisters Dr. Beck, über die Handelshochschule, die durch die Schaffung zweier ständiger Lehrstühlen für Verkehrsweisen zu einer Akademie für Verkehrswissenschaften ausgebaut werden soll. Da der bisherige Studien-direktor, der Vorstand des Statistischen Amtes, Professor Dr. Schott, der der Handelshochschule nur nebenamtlich vorstand, im Herbst dieses Jahres von der Enthebung von dieser Funktion gebeten hat, damit er sich wieder ganz dem ihm ans Herz gewachsenen Statistischen Amt widmen kann, soll der eine Verkehrsdozent zum Nachfolger Schotts ernannt werden. Die Kosten für die Hochschule erhöhen sich dadurch auf rund 100 000 Mk. Die sozialdemokratische Seite wurde die Ausgestaltung der Hochschule in der geplanten Richtung entschieden bekämpft, weil die Vorteile der Schule nur einem verschwindend kleinen Teil der minder bemittelten Kreise Mannheims zu gute käme und auch das Interesse der hiesigen Kaufmannschaft außerordentlich gering sei. Von den Nebenern aller anderen Fraktionen wurde auf die unbedingte Notwendigkeit des Ausbaues der Hochschule durch Anstellung hauptamtlicher Dozenten hingewiesen, wenn sie überhaupt lebensfähig bleiben soll, nicht minder aber auch auf die hohe Bedeutung, die der Hochschule als einem Bildungszentrum für die Kaufmannschaft zukommt. Von Oberbürgermeister Martin wurde mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß Stadtverwaltung und Handelskammer eine Autorität auf dem Gebiete des Verkehrswezens in einer Zeit, in der sich das Gewicht der Schiffsabgaben immer drohend erhebe, sehr nötig hätten. Trotz aller Einwände ließ sich die Linke nicht umstimmen und so wurde schließlich die Vor-

Tage ohne ihre Zustimmung angenommen. Die vier sozialdemokratischen Stadträte stimmten für die Vorlage. Dann mußte gegen 9 Uhr die Sitzung nach etwa sechsstündiger Dauer vertagt werden. In der heutigen Sitzung veranlaßte ein Überbleibsel der Ausstellung, die Kunsthalle, eine lange Debatte. Obwohl Prof. Billing, der Erbauer des Gebäudes, bestimmt zugesichert hatte, mit 600 000 Mk. auskommen zu können, stellte sich schließlich heraus, daß der Aufwand 646 706 Mk. betrug. Der Mehraufwand bei den Steinhauser-, Schloss- und Parkarbeiten beläuft sich allein auf 57 088 Mk. Der Bürgerausschuß mußte sich wohl oder übel dazu verstehen, noch 45 554 Mk. nachzubewilligen, beauftragte aber den Stadtrat, zu untersuchen, in wie weit Prof. Billing regerechnung gemacht werden kann. Die Bewilligung der Mittel erfolgte gegen die Stimmen der Mehrzahl der demokratischen Mitglieder. Für die Instandsetzung der Kunsthalle zur Aufnahme der städtischen Kunstsammlung wurden anstandslos 200 000 Mk. bewilligt.

w. Heidelberg, 26. Mai. Der Bürgerausschuß genehmigte 20 000 Mk. zu einem öffentlichen Preisausschreiben für den Um- und Neubau des Rathauses, sowie 197 000 Mk. zum Geländeerwerb für einen neuen parteilich angelegten Zentralfriedhof.

* Pforzheim, 26. Mai. Zum Brande der Lotthammerischen Mühle in Brötzingen wird noch bekannt: Der Schaden an den Gebäulichkeiten der Mühle beträgt etwa 100 000 Mk., an Maschinen und Einrichtung etwa 80 000 Mk. und an Getreide und Mehl etwa 70 000 Mk.

* Kom Baden, 26. Mai. In der oberen Seegegend erreichte die Temperatur gestern mittag +24 Grad Celsius, während abends starke elektrische Entladungen mit dem ersten Regen eintraten. — Die k. k. Hof-Ökonomieverwaltung in Sigmaringen hat in die Donau, unterhalb der Bauhof-Brücke 10 000 junge Aale einsetzen lassen, die aus englischen Gewässern stammen.

* Kleine Nachrichten aus Baden. Das am Dienstagabend über das Albtal ziehende Gewitter, welches den ersten Regen brachte, hatte auch drei schwere Unfälle im Gefolge. Zwei bei der Erstellung von Leitungsmasten für den elektrischen Betrieb der Albtalbahn beschäftigte Arbeiter waren daran, den selbigen Untergrund zu sprengen. Als sie eben das Pulver herbeigeschafft hatten, ging ein Lichtstrahl nieder. Es erfolgte eine Explosion. Der eine Arbeiter wurde auf die Straße geschleudert, der andere den Wohndamm hinab in den Wiesengrund. Diesem brannten buchstäblich die Kleider am Leibe. Beide Arbeiter sind von Ettligen gebürtig und dürfen kaum mit dem Leben davontommen. Ein Radfahrer fuhr während des Sturmes in ein Gefährt und mußte benutzungslos ins Hospital transportiert werden. — Freitrag Fassh von Wartenhorst hat der Stadt Baden-Baden die Summe von 15 000 Mk. zur Verfügung gestellt, welche zu zwei Drittel als Grundstück für einen Markthallenbau, zu einem Drittel zur Ausschmückung des hiesigen Krematoriums dienen soll. — Das Anwesen des Zimmermanns Andreas Schmidt im Zinken Laube bei Bühl wurde durch Feuer zerstört. — Die Motorwagenverbindung Freiburg — Schwanau — Roschrei — Lodi — n a u wird heute wieder eröffnet. — Die Freizeithelfer in Freiburg haben ihre Kündigung zurückgezogen, nachdem ihnen in Bezug auf die Arbeitszeit die Meister entgegengekommen sind. Die Kassen sollen künftig 1/2 Jahr abends geschlossen werden. Der Lebensschluß an Sonntagen erfolgt im Sommer um 12 Uhr, im Winter um 1 Uhr.

24. Verbandstag des Badischen Gastwirte-Verbandes.

Durlach, 26. Mai.
Heute vormittag 10 Uhr begannen im Saale des „Grünen Hofes“ die Verhandlungen des Badischen Gastwirteverbandes unter Vorsitz des Verbandspräsidenten Frh. v. Glahner. Als Vertreter des Bezirksamts war Oberamtmann v. M., als Vertreter der Stadt Gemeinderat Dichtenauer erschienen. Nach den Begrüßungsansprüchen wurde in die reiche Tagesordnung eingetreten. Verbandsvorsteher Glahner gebend des vor kurzem in Darmstadt aus dem Leben geschiedenen Direktors der Sterbefälle des Bundes der deutschen Gastwirte, A. v. M., zu dessen ehrenden Andenken sich die Anwesenden von ihren Söhnen erheben. In der Tagesordnung verweist Schriftführer Winterhalter kurz auf den gedruckt vorliegenden Tätigkeitsbericht des Verbandes, dem zu entnehmen ist, daß der Verband aus 46 Vereinen mit 4400 Mitgliedern besteht. Aus der Zeitung „Deutscher Gastwirt“ wurden an die eigentumsberechtigten Verbände 9000 Mark verteilt. Der Bericht behandelt sodann das Ergebnis der Eingaben an den Landtag, die sich u. a. mit den Kirchweihfeiern beschäftigten und der schon oft besprochenen Frage der Transferrierung. Zu Beginn des Jahres ist die am 16. Dezember v. J. bestimmte Flaschenbier-Kommission zusammengetreten, die zu folgenden Anträgen an den Brauerverband gelangt ist: 1) Festlegung eines einheitlichen Preises des an die Flaschenbierhändler gelieferten Bieres; 2) Einführung eines Flaschenbierpfandes; 3) Verbot von Bierlieferungen an Private und Kaufstellen. — Der Jahresbericht gab nur zu kurzen Bemerkungen Veranlassung, die rein interner Natur waren.

Es folgte der Bericht des Vorsitzenden über die Verhandlungen im Landtag und Reichstag, sowie über den Reichs- und Schutzverband. Eine lebhafte Debatte rief wieder über die Frage der Aufhebung der Transferrierungssätze und der Einführung der Vollkonzeption hervor. Der Referent Wirt Karl Hoffmann-Mannheim meinte, daß neue Gesichtspunkte kaum ins Feld zu führen seien. Der Verband müsse erneute Schritte in diesen Fragen tun, bis die ungerechtfertigte aller Belastungen endlich einmal gefallen sei. Der Kaufmann errichtete 20 und noch mehr Filialen, ohne daß er einen Pfennig zahle, nur der Wirt müsse zahlen. Mannheim habe sich wiederholt um die Bedürfnisfrage bemüht, doch habe sich der Stadtrat stets dagegen ausgesprochen. Einmal müsse er noch von Mannheim melden, daß der Stadtrat sich bemühe, seine Wein-Badenhüter von der Ausstellung unter Gewährung hoher Prozente abzugeben, wodurch den Wirten wieder eine große Konkurrenz bereitet werde. Die Vollkonzeption sei eine Notwendigkeit für jeden, auch den kleinsten Wirt. Der Verbandsvorsteher betont, daß im allgemeinen die Vollkonzeption erteilt werde mit Ausnahme von Mannheim, da dieselbe die Bedürfnisfrage nicht eingeführt sei. Das sei die Antwort des Ministeriums beim Aufschneiden dieser Frage gewesen. Dieterle-Mannheim erklärt, die Hausbesitzer hätten das größte Interesse an der Einführung der Bedürfnisfrage, die müsse man dafür interessieren, dann werde auch der Stadtrat dafür zu haben sein. Vogeley-Lahr bemängelt die Zusammenfassung des Bezirksrats. Ein Antrag Mannheim, beim Ministerium dahin vorstellig zu werden, daß Kantinen auf Kaufstellen, an Vereine und Gesellschaften zum Betriebsbetrieb ohne Konzeption nicht vergeben werden, wird nach langer, oft scharfer Debatte angenommen. Sehr scharf wurde gegen die Auswüchse der Waldkette polemisiert, die oft nur dazu seien, den Vereinen einen Gewinn zu bringen. Nach Erledigung einiger weiterer Punkte wurden die Verhandlungen gegen 3 Uhr geschlossen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 27. Mai. Seine Majestät der Kaiser hörte heute vormittag Vorträge des Kriegsministers, des Chefs des Generalstabes und des Vertreters des Chefs des Militärkabinetts.

* Dessau, 27. Mai. Gestern nachmittag fand hier die Vermählung des Prinzen Friedrich zu Schaumburg-Lippe mit der Prinzessin Antoinette v. Anhalt statt. Am nachmittag kurz vor 6 Uhr vollzog der Haus- und Staatsminister v. Dallwitz die standesamtliche Eheschließung. Trauzugegen waren der Herzog von Anhalt und der Fürst zu Schaumburg-Lippe. Daran schloß sich die kirchliche Trauung im großen Saale des Residenzschlosses. Der Eheschließung wohnten bei: Ihre Majestäten der König und die Königin von Württemberg, Ihre königlichen Sobieten der Großherzog und die Großherzogin von Baden, der Herzog und die Herzogin von Anhalt, der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Altenburg, die regierenden Fürsten und Fürstinnen von Schaumburg-Lippe sowie von Waldeck und Pyrmont, ferner der Erbprinz von Mecklenburg-Strelitz und der Landgraf von Hessen.

* Berlin, 27. Mai. Eine Abordnung des 85. russischen Infanterieregiments Wiborg, dessen Chef Kaiser Wilhelm ist, traf gestern hier ein, um auf Einladung des Kaisers der Frühjahrsparade beizuwohnen.

* Berlin, 27. Mai. Prinz und Prinzessin Kuni von Japan, Prinz und Prinzessin Rashimoto und Marquis Yamanouchi mit Gemahlin sind heute mittag hier eingetroffen. Der Bundesrat erteilte in seiner heutigen Sitzung dem Entwurf des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb in der vom Reichstag beschlossenen Fassung seine Zustimmung.

* Berlin, 27. Mai. Unterstaatssekretär v. Vindequitt ist von seiner Ostafrikareise zurückgekehrt und hat die Amtsgeschäfte des Reichskolonialrats wieder übernommen.

* Berlin, 27. Mai. Für die Befreiung des in Südamerika gefangen gehaltenen deutschen Kaufmanns Mannesmann, ebenso für die österreichischen Eingekerkerten hat sich jetzt außer der deutschen und österreichischen auch die französische Regierung interessiert.

* Wien, 27. Mai. Der König der Bulgaren und Gemahlin werden während der ersten Sommerwochen in Pischl zu einem kurzen Besuche seiner Majestät des Kaisers eintreffen. Der König der Bulgaren begibt sich hierauf nach Tarnobrod, der Kaiserin nach Baden bei Wien. Die Königin geht während dieser Zeit nach Ems zum Kurgebrauch.

* Wien, 27. Mai. Bei der Verhandlung des Justizetats in der Budgetkommission erörterte Justizminister Dr. v. Söcherl eingehend die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung der Sprachenfrage. Der Minister betonte, daß bei Richterernennungen insbesondere in Böhmen, ausschließlich die Sprachkenntnisse maßgebend seien und erklärte, er würde niemals die Verleihung einer Richterstelle zum Gegenstand eines politischen Zugeständnisses machen. Der Minister kündigte für den Herbst die Vorlage eines neuen Strafgesetzes an.

* Paris, 26. Mai. Die Deputiertenkammer beschäftigte sich heute mit dem Gesetzentwurf, der das Abereinkommen zwischen dem Staat und der Messagerie-Marinime zur Berechtigung ihrer Dampfer für die Interessen des Staates genehmigt. Der Entwurf, der der Gesellschaft Vorteile einräumt, die in keinem Verhältnis stehen zu den Verpflichtungen der Gesellschaft. Der Finanzminister verteidigte den Beitritt des Staates, der das Aufsichtrecht erwerbe und als Äquivalent für die gewährte Subvention an dem Verdienst der Gesellschaft beteiligen werde. Hierbei folgte die Regierung mit ihrem Vorgehen dem Beispiel Deutschland und Italiens. Die Kammer vertagte sich dann auf nächsten Mittwoch.

* Paris, 26. Mai. Die Deputiertenkammer des Senats genehmigte die im Regierungsentwurf vorgesehenen 120 Gesuche für jedes Armeekorps, drückte aber den Wunsch aus, diese Zahl möchte auf 144 erhöht werden, gemäß den zur Verfügung stehenden Mannschaften und Krediten. Die Kommission lehnte die geforderten drei Artillerieregimenter für jedes Armeekorps ab und bewilligte zwei, im ganzen 42 Artillerieregimenter, ferner zwei Regimenter Gebirgsartillerie, so daß der Gesamtbestand sich auf 46 Artillerieregimenter, sechs mehr als bisher, belaufen würde.

* Paris, 27. Mai. Der Vertreter des Eisenwerks, das minderwertige Bleche für die Marine liefert, hat der italienischen Untersuchungskommission erklärt, daß die Verantwortung der Marinekommission zufalle, welche die Lieferung ohne Inaugensichtnahme abgenommen hatte. Die Kommission soll gleiches Einschreiten gegen die Beamten fordern.

* Marseille, 27. Mai. Der Streik der eingeschriebenen Seeleute dauert fort. Vier Torpedobootsgerichte sind gestern hier eingetroffen, um den Postdienst nach Alger, Tunis und Korsika zu sichern.

* London, 27. Mai. Einer Blättermeldung zufolge soll der Admiral Sir William Moore, der bis zum vorigen Jahre die in den chinesischen Gewässern befindlichen Schiffe befehligte, an Stelle von Sir John Fisher zum ersten Seeober der Admiralität ernannt werden.

* New York, 26. Mai. Einem Telegramm aus Kap Haitien zufolge geht die Regierung von Santo Domingo energisch gegen die Revolutionäre vor. Die Regierungstruppen haben am 23. Mai Santana angegriffen. Auf beiden Seiten sind starke Verluste zu verzeichnen. Die Revolutionäre wurden aus ihren Stellungen vertrieben.

* Rio de Janeiro, 27. Mai. Der Kriegsminister ist von seinem Amte zurückgetreten. An seine Stelle wird General Moraes kommen.

* Melbourne, 26. Mai. Bei der Eröffnung des Parlamentes erklärte der Generalgouverneur, ungeachtet der Verminderung der Zoll- und Poststeuern würden die Alterspensionen vom 1. Mai zur Auszahlung gelangen. In Bezug auf die bevorstehende Reichsverteidigungskonferenz in London ersuchte der Generalgouverneur auch, daß eine gemeinsame Kommission eingesetzt sei, um die Grenzen zwischen Papua und Neu-Guinea zu bestimmen.

Verschiedenes.

Leipzig, 26. Mai. Vor dem Reichsgericht begann heute der Spionageprozess gegen den Kaufmann Schweng und Genossen wegen Verrats militärischer Geheimnisse. Die An-

geklagten Schweng und Bohn werden beschuldigt, den Versuch gemacht zu haben, einem Agenten der französischen Regierung namens Renaud Pläne der Festung Jülich zu verschaffen und Patronen für die Infanteriegewehre sowie Schrapnells und andere Geschosse für die Feldkanonen zu liefern. Schweng ist in der Hauptsache geständig, daß er sich an einen deutschen Bismarckmeister und andere Personen gewandt habe. Mehrmals habe er auch kleinere Mengen Pulver erhalten. Von dem französischen Agenten habe er 800 Franken bekommen. Seine Tätigkeit habe er nicht für die eines Spions gehalten. Bohn bestreitet die Schuld. Der Verlehr des erwähnten Bismarckmeisters mit den Angeklagten erfolgte mit Genehmigung der Vorgesetzten. Während der Vernehmung der achtzehn erschienenen Zeugen bekam der Angeklagte Schweng einen epileptischen Anfall, weshalb die Sitzung auf eine Viertelstunde unterbrochen werden mußte. Die Beweisaufnahme wurde im Laufe des Nachmittags zu Ende geführt. Der Sachverständige, Medizinalrat Thümmler, gab sein Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte Schweng, in seiner Zurechnungsfähigkeit aber nur wenig gemindert sei.

Der Reichsanwalt beantragte heute, die Angeklagten schuldig zu sprechen. Während der Ausführungen des Reichsanwalts erlitt Schweng wieder einen epileptischen Anfall, weshalb eine Pause eintreten mußte. In diesem Augenblick sprang der Bruder Schwengs über die Barriere, um zur Anklagebank zu gelangen. Der Gerichtsdiener und Polizeibeamte nahmen ihn sofort fest. Er wurde in Haft gebracht.

Berlin, 27. Mai. Die Strafkammer des Landgerichts II Berlin verhandelte in der Berufungssitzung die Privatklage des Sanitätsrats Moll gegen Dr. Levin wegen des Vorwurfs der Fälschung ärztlicher Schmiergelder. Die Verhandlung endigte mit einem Verdict. Der Beklagte nimmt unter dem Ausdruck des Bedauerns den Vorwurf zurück und trägt die Kosten.

Strasbourg i. El., 27. Mai. Ein Boot mit neun Arbeitern aus Gamsheim, welches Dienstagabend Leute von der Arbeit vom badischen Ufer über den Rhein setzte, schlug in den hochgehenden Wellen um. Fünf junge Leute im Alter von 22 bis 23 Jahren ertranken, zwei wurden an einer unterhalb liegenden Brücke gerettet; einer von diesen ist schwerkrank. Zwei weitere Arbeiter konnten sich durch Schwimmen retten.

Lauterbach (Hessen), 27. Mai. In Vogelbergdorf-Obermoos entstand gestern durch Blitzschlag eine große Feuerkatastrophe, bei der vier Häuser und die Kirche zum Opfer fielen.

Paris, 27. Mai. Mehrere Blätter zufolge, hat der amerikanische Milliardär Carnegie dem Präsidenten Fallières gegenüber die Absicht ausgesprochen, in Frankreich eine Stiftung von 5 Millionen zu errichten mit der Bestimmung, besonders verdienstvolle Handlungen zu belohnen.

Chicago, 27. Mai. Hier wurde gestern ein Erdbeben wahrgenommen und ebenso in ganz Nord-Illinois, Michigan, Wisconsin und Iowa.

Von der Luftschiffahrt.

Friedrichshafen, 26. Mai. Um 4 Uhr 23 Minuten senkte sich nach halbstündiger Fahrt der Luftkrieger „Z. II.“ in einer Entfernung von etwa 500 Meter von der Reichsballehalle; das Rotorboot „Weller“ nahm ihn ins Schlepptau und brachte ihn in die Halle zurück. Die Neuerungen an dem Luftschiffe haben sich durchaus bewährt.

Friedrichshafen, 27. Mai. Das preussische Kriegsministerium soll nunmehr bestimmt festgestellt haben, daß der neue „Z. II.“ in Reichshafen verbleibt, während „Z. I.“ als Übungsschiff in Friedrichshafen verbleibt. Das Ausstellungsschiff „Z. III.“ wird voraussichtlich nach Köln kommen.

Stuttgart, 26. Mai. Gegenüber einer Mitteilung der „Münch. N. N.“ vom 26. Mai, wonach die Direktion des Luftschiffbau Zeppelin beim preussischen Kriegsministerium um eine jährliche Subvention von 100 000 Mk. gebeten habe, wird von zuständiger Seite gemeldet, daß von einer bestimmten Summe überhaupt noch nicht die Rede gewesen ist, daß aber das preussische Kriegsministerium eine wohlwollende Prüfung der ganzen Angelegenheit zugesagt hat.

Stuttgart, 27. Mai. Die der „Schwäbische Merkur“ erfährt, wird die Stadt Stuttgart die Reichstagsmitglieder, die am Montag den 7. Juni von Friedrichshafen hier als Gäste der Stadt eintreffen, zu einem Frühstück einladen, dem sich unter der Führung einer besonderen Kommission eine Rundfahrt durch und um die Stadt Stuttgart anschließen wird. — Auf der Fahrt nach Stuttgart werden die Reichstagsmitglieder einer Einladung der Stadt Ulm zu einem kurzen Besuche Folge leisten.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Freitag, 28. Mai. Abt. A. 61. Ab. Vorf. „Nora“, Schauspiel in 3 Akten von Ibsen. Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 27. Mai 1900.

Ein Hochdruckgebiet bedeckt den ganzen Nordosten Europas, ein zweites, das im Südwesten lagert, entfendet einen zungenförmigen Ausläufer bis zur Schweiz herein. Die nordwestliche Depression besteht fort; von ihr aus läuft über Deutschland hinweg nach Südosteuropa eine Rinne niedrigen Druckes, die mehrere flache Minima enthält. Das Wetter ist in Deutschland trüb, regnerisch und kühl. Eine wesentliche Witterungsänderung ist nicht zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 27. Mai, früh:

Lugano bedeckt 11 Grad, Biarritz bedeckt 13 Grad, Nizza halbbedeckt 15 Grad, Triest Regen 15 Grad, Florenz bedeckt 15 Grad, Rom bedeckt 20 Grad, Cagliari wolkenlos 17 Grad, Brindisi wolkenlos 21 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Zeit	Barom. mm	Therm. in C.	Windgeschw. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
26. Nachts 9 ^h II.	747.7	14.2	9.4	78	NE	bedeckt
27. Morgs. 7 ^h II.	747.5	11.9	8.8	85	SE	Regen
27. Mittags 2 ^h II.	746.4	14.1	8.9	75	„	„

Höchste Temperatur am 26. Mai: 18.7; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 11.0.

Niederschlagsmenge, gemessen am 27. Mai, früh: 2.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 27. Mai, früh: Schusterinsel 2.11 m, gestiegen 11 cm; Rehl 2.31 m, gefallen 1 cm; Maxau 4.14 m, gestiegen 2 cm; Mannheim 3.02 m, gestiegen 3 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaß in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.



Prima Fahrräder direkt ab Fabrik, franko jed. Bahnstation.

Bevor Sie ein Fahrrad oder Zubehörteile kaufen, verlangen Sie bitte großen Prachtkatalog Nr. 492 gratis und franko. Sie werden staunen über die billigen Preise. — Pneumatikmäntel Mk. 2,80, mit Garantie Mk. 4,20, 5,90. Schläuche mit Dunlopventil Mk. 2,20, 2,90 und 3,80.

J. Fries, Beseler Nfl., Alemannia-Fahrrad-Werke, Flensburg.

„Botschaft No 58“ vorzügl. Consum Marke
Original-Größe **50 Stck. = Mk. 3.-**
E.P. HIEKE Hofl. Karlsruhe 1/6.

100 Stück
Kiste M. 5.⁸⁰

Patentanwaltsbureau Karlsruhe
C. Kleyer,
Kriegstraße 77, Telephone 1303

Telephon 1938 **COLOSSEUM** Telephon 1938
Nur noch 5 Tage! Unwiderruflich!
Miss Mabel-May-Yong
die Schöpferin des Schlangentanzes mit lebenden Schlangen.
Sensationelles Gastspiel
?? ERNESTO BELLINI ??
das verblüffendste Rätsel aller 5 Erdteile, sowie das exquisite Weltstadt-Programm.
Pfungsmontag, den 31. Mai finden die letzten Gastspiele statt.

Die Gemeenschädlichkeit der konstruktiven Jurisprudenz

Eine wissenschaftliche Streitschrift
von
Rechtsanwalt **Ernst Fuchs, Karlsruhe**
Preis geheftet M. 3.60

„Es gibt lebendige, untrügliche Beweise dafür, dass unsere Jurisprudenz sowohl wie unsere Justiz von Grund aus neu aufgebaut werden müssen, weil der Schwamm im Hause ist und die Fundamente ergriffen hat. Der Bankrott unsrer gelehrten Jurisprudenz ist angesagt durch den in ihren Werken allgemein herrschenden Begriffswahnsinn und durch die bekannte Kalamität der Dissertationen. Eine Rechtswissenschaft, also eine praktische Lebenswissenschaft, die bei ihren „Meistern“ wie bei ihren Jüngern nur Begriffsknetungsschriften hervorbringt, ist in der modernen Welt mit ihrem Latein zu Ende.“
(Vergl. S. 149)

G. Braunsche Hofbuchdruckerei
und Verlag, Karlsruhe in Baden.

Herren- und Damenstiefel
schwarz und farbig, chike amerikanische Formen in größter Auswahl finden Sie bei
Albert Heil
2 Erbprinzenstraße 2.

Weinhandlung
J. Möloth „zum Krokodil“
Tisch- und Flaschenweine
in allen Preislagen
Waldstr. 63 KARLSRUHE Telephone 104

Tennis
Rackets
Bälle
Netze
in größter Auswahl empfiehlt
Alwin Vater
Karlsruhe i. B.
Zirkel 32

Empfehle täglich:
hausgem. frischen Ohjenmaulsalat, kalten Roastbeef u. Kletbraten im Aufschnitt, Fromage de Brie, Roquefort u. Camembert, Südwine, Südfrüchte, Cognac, vorz. Affentaler Beerwein, Markgräfler Edelwein, Champagner erster Firmen
Weinverkauf über die Straße.
Frühe selbstangelegte Bowlen.

Fr. Bausch,
früher Cartharius 3.521
Kolonialwaren- und Delikatessenhdlg.
Karlst. 13 Tel. 1213

Zur **Reise-Gaïson**
empfeht
Toiletterollen, Schwammbeutel, Badehauben, Schwämme, Frottierartikel, Seifendosen, Flakons, Spiegel usw. 3.548
Luisa Wolf, Wwe.,
4 Karl-Friedrichstr. 4
Niederlage sämtlicher Fabrikate von **F. Wolff & Sohn.**

Heu, Stroh, Torfstreu, Torfmuß
offert zu den billigsten Preisen
S. FRANK,
Erstes Mannheimer Jourage- und Kraftfuttermittel-Geschäft
Mannheim Teleph. 1405.

Fahrrad-Reparaturwerkstätte
P. Eberhardt
Amalienstr. 18, Tel. 1304
empfeht sich zur Uebernahme sämtlicher Reparaturen an Fahrrädern aller Systeme. — Zur gründlichen Reinigung und Instandsetzung bester Gelegenheit. — Emailierung, Vernickelung. — Neue Pneumatik- und Zubehörteile allerbilligst. — Freilauf-Einrichtung für alle Fabrikate. Die Räder werden abgeholt und wieder zugestellt. Alle Aufträge werden prompt erledigt. X.240

Zu nächst baldigem Eintritt suchen wir einen akademisch gebildeten **Ingenieur,** der im Straßen- und Kanalbau nicht unerfahren ist. Bewerbungen mit Angabe der theoretischen und praktischen Vorbildung sind unter Beifügung von Zeugnisabschriften und unter Angabe der Gehaltsansprüche bis zum 12. Juni d. J. bei uns einzureichen. 3.557.2.1
Heidelberg, den 26. Mai 1909.
Städt. Tiefbauamt.

Verlosung.
Von dem 3 1/2 prozentigen Anlehen der Stadtgemeinde Neustadt im Schwarzwald vom Jahre 1885 wurden bei der Ziehung am 22. Mai 1909 durch das Los zur Heimzahlung bestimmt:
Die Teilschuldverschreibungen Lit. A Nr. 136 mit 1000 M.; Lit. B Nr. 111 mit 500 M. und Lit. C Nr. 29, 65, 89 und 120 mit je 200 M.
Der Kapitalbetrag kann vom 1. Dezember 1909 ab bei der Stadtkasse hier in Empfang genommen werden. Die Verzinsung hört von diesem Tage an auf. 3.556
Neustadt i. Schw., den 25. Mai 1909.
Der Gemeinderat:
Schort.

Zwangsversteigerung.
Freitag, den 28. Mai 1909, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Untergrombach bei der Drehschleife gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
1 Wohnwagen, 2 Gepädwagen, 1 Karussell und 1 Orgel. 3.555
Bruchsal, den 26. Mai 1909.
Graf, Gerichtsvollzieher.

Bergebung von Bauarbeiten.
Für den Neubau der Eilguthalle auf dem neuen badischen Personenbahnhof Basel sollen folgende Arbeiten nach Maßgabe der Verordnung des Großh. Finanzministeriums vom 3. Januar 1907 auf Grund öffentlicher Versteigerung vergeben werden.
1. Schreinerarbeiten: Aufentore und Türen bfg. 110 qm, 66 Stück innere Türen 140 qm, Glasabschlüsse 42 qm, Scheidewände 100 qm, Schalterwände 60 qm, Fußleisten 600 m, — Lambris 190 m, Fensterbrüstungen 30 qm, Schutzgitter an Stufen 40 qm, Sechsecken 300 m, Simsbrücken 30 qm, Anschlagtafeln 4 Stück, Briefkästen 12 Stück, Rollabentäfen 55 qm usw. samt Beschlägen.
2. Asphaltparkettböden aus eichenen Nieren II. Wahl bezw. Kiehlspartett bfg. 1650 qm.
3. Bodenbeläge aus Steinzeugplatten bezw. Marmorsteinplatten, bfg. 250 qm.

4. Terrazzoböden im Säberaum, bfg. 50 qm.
5. Schlosserarbeiten: Eisenblechtüren 12 Stück, Fußschritte 6 Stück, Gekländer 100 kg, Beschläge für 10 Sektortüren.

6. Tapezierarbeiten ohne Tapetenlieferung: Aufkleben von Tapeten und Porten auf Unterpapier bfg. 1400 qm, von Lintrufa 380 qm, Leinenvorhänge 180 qm usw.

Für die Arbeiten unter 1, 2 und 6 bleibt die Vergebung in 2 Losen vorbehalten.
Die Einfuhr der Materialien aus Deutschland erfolgt zollfrei. Wandlergewerbesteuer muß jedoch entrichtet werden.

Pläne und Bedingungen liegen bei unserem Hochbauamt, Riebenstraße 191, Zimmer 14, zur Einsicht auf, wo auch die Arbeitsauszüge von den Bewerber selbst in Empfang zu nehmen sind.

Nach auswärts werden keinerlei Versteigerungsunterlagen verschickt.
Die Angebote sind verschlossen und portofrei bis spätestens **Mittwoch, den 9. Juni, vormittags 11 Uhr**, anher einzureichen. 3.572

In der Ausschreibung ist die angebotene Arbeitsgattung zu benennen.
Die Zuschlagsfrist beträgt 4 Wochen.
Basel, den 26. Mai 1909.
Großh. Bauinspektion II.

Rheinregulierung in Elsaß-Lothringen. Lieferung von Rheinbausteinen.

Die Lieferung von rund 50000 cbm Rheinbausteinen für die Arbeiten der Rheinregulierung in der Rheinpfalz von Km. 134,0—146,0 (elsässischer Ufer) ist

Donnerstag, den 17. Juni 1909, vormittags 11 Uhr,

an leistungsfähige Unternehmer öffentlich vergeben werden. Die für die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen im Geschäftsbereich der elsässisch-lothringischen Bauverwaltung geltenden allgemeinen Bedingungen, sowie die den abzuschließenden Verträge zugrunde zu legenden besonderen Bedingungen können in dem Amtszimmer des Unterzeichneten, Ministerialdienstgebäude am Kaiserplatz hier, während der Dienststunden eingesehen werden. Die Steine sind nach näherer Bestimmung auf beide Ufer der oben bezeichneten Stromstrecke anzuliefern.

Das Steinmaterial muß den besten Sandsteinbrüchen entnommen werden oder aus festem, wetterbeständigem Urgebirgsmaterial bestehen.

Die Ausführung der Lieferung soll bis zum 15. August 1910 beendet sein. Angebote auf die ganze Lieferung oder auf Teile derselben sind, gehörig verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis zum oben genannten Termin an mich, Ministerialdienstgebäude am Kaiserplatz, einzureichen, wofür die Öffnung der Angebote in Gegenwart der etwa erschienenen Bieter stattfindet. 3.434.3.3

Zuschlagsfrist: 4 Wochen.
Straßburg, den 16. Mai 1909.
Der Wasserbauinspektor
Schneider.

Versteigerung von Fundsachen.

Die Fundsachen und unbestimmbar beschriebene vom ersten Vierteljahr 1909, darunter ein Fahrrad und ein Paar Schneeschuhe werden am Dienstag den 8. Juni l. J., vormittags 8 Uhr und nachmittags 2 Uhr beginnend, in unserem Versteigerungsraum (Eingang beim Etlinger Bahnübergang) gegen Barzahlung öffentlich versteigert.

Die besonders genannten Gegenstände sowie die Schmucksachen, Uhren usw. werden von 11 Uhr vormittags ab ausbezogen. 3.571.2.1

Ferner werden am Mittwoch den 9. Juni l. J., nachmittags 2 Uhr beginnend, im Hauptmagazin II (Eingang Wielandstr.) etwa 40 Lose alte Rosten, Röhre und Holzstücke, sowie nachmittags 4 Uhr beginnend, im Hauptmagazin III (Eingang Durlacher Allee, bei der Talgsmelze) etwa 30 Lose Holzstücke, Plasterstücke, Rinde etc. öffentlich gegen Barzahlung versteigert.
Karlsruhe, den 25. Mai 1909.
Gr. Verwaltung der Eisenbahnmagazine.

Badisch-Pfälzischer Güterverkehr.

Am 1. Juni 1909 werden die Stationen Breitenstein i. d. Pfalz, Elmstein, Erlenstein, Gelmbacher Sägemühle und Sattelmühle-Esthal der Neubautrecke Lambrecht-Elmstein in den Tarif für den badisch-pfälzischen Güterverkehr aufgenommen. Zugleich wird das Warenverzeichnis des Ausnahmestarfs 2 (Kohlstoffen) durch Aufnahme von

Rübenblättern, frisch, gedörrt oder getrocknet auch zerfeinert, erweitert.
Die näheren Angaben über die für die neuen Stationen geltenden Frachttarife sind in unserer Tarifangabe enthalten. Auch erteilen auf Verlangen die Stationen Auskunft. 3.558

Karlsruhe, den 26. Mai 1909.
Großh. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

Sonntagschluss.
Von jetzt bis zum 3. Oktober ist unser Geschäft an den Sonn- u. Feiertagen geschlossen.
Himmelheber & Vier,
Inh.: Louis Vier, Hoflieferant,
Spezial-Wäsche- und Ausstattungs-Geschäft,
Kaiserstraße 171
3.550

Rabattmarken
Rohrplatten, Pappelholzkoffer, Kaiserkoffer, Damenhutkoffer, Handkoffer, Handtaschen 3.473
Reparaturen schnellstens
Kofferfabrik
Eduard Müller,
Hoflieferant
49 Waldstrasse 49
Tel. 2165

Telephon 2165
Rucksäcke, Gamaschen, Eispickel, Steigeisen, Kletterschuhe, Kletterseile, Aluminiumkocher, Aluminiumbüchsen für Proviant etc., Hängematten, kompl. Alpine Ausrüstungen 3.472
Kofferfabrik
Eduard Müller, Hofl.,
Waldstrasse 49
Telephon 2165